

Erscheint wöchentlich drei Mal Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Der vierteljähr. Pränumerations-Preis für Einheimische beträgt 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den königlichen Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die 3spaltige Corpuzzeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.

Sonnabend, den 9. Februar.

[Redakteur Ernst Lambek.]

Auch ein Weg zu moralischen Eroberungen.

II.

Nach der rechnungsmäßigen Darlegung des Budgets für das Jahr 1861 in voriger Nummer hat Preußen ein Defizit von c. 6 Millionen Thaler und steht nach 18 Jahren, vorausgesetzt wenn wir Frieden behalten, erst das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erwarten.

Weshalb wird den preussischen Staatsangehörigen eine solche Steuerlast zur Vermehrung der Heeresmacht zugemuthet? Es ist wahr, die politische Situation in Europa ist keine einen langen Frieden verheißende, die Streitkräfte bei den Nachbarn Preußens, namentlich in Frankreich, sind außerordentlich vermehrt worden, die Pflicht der Selbsterhaltung, sowie die Preußens gegen Deutschland nöthigen jenes zur numerischen Vergrößerung seiner Wehrkraft.

Nun gut, diese Gründe lassen hören, — das preussische Heer ist erheblich vermehrt worden, sind dadurch die Sicherheit und Machtstellung unseres Staates unbedingt gewahrt? — Wir bezweifeln das sehr. Seht unsere Truppenzahl auch heute im richtigen Verhältnis zur Truppenmacht Frankreichs, so kann dieses das Verhältnis ändern. Soll dann, oder kann auch Preußen sein stehendes Heer während des Friedens im richtigen Verhältnis zur Heeresmacht Frankreichs weiter vermehren? — Eine Grenze muß diese Steigerung doch haben und gezogen wird ihr dieselbe durch die finanzielle Kraft des preussischen Volks. — Die finanzielle Kraft ist auch eine Wehrkraft und bei uns ist sie schon auf's Höchste in Anspruch genommen und doch verbleibt noch ein Defizit. Auf der einen Seite ist die Wehrkraft numerisch gesteigert, aber auf der andern, bezüglich der Finanzen, geschwächt. Oesterreich ist in dieser Beziehung ein warnendes Beispiel. — Seine Heeresmacht ist groß, Kriegsgeschult, tapfer, — selbst der letzte italienische Feldzug hat das erwiesen — allein die Erhaltung derselben hat die österreichische Staatsangehörigen mit unerschwinglichen Steuern belastet und die Schuldenlast des Staates riesig vermehrt. Die österreichischen Finanzen sind zerrüttet und in Folge dessen Oesterreich selbst schwach gemacht und an den Abgrund der inneren Auflösung geführt. — Preußen kann leicht demselben Schicksal entgegen gehen. Die Steuerkraft des Volkes ist, wie gesagt bis zum höchsten Maße für eine unproduktive Kapital-Anlage von Menschenkraft und Geld in Anspruch genommen. Hierdurch wird auf der einen Seite das Arbeitskapital selbst gemindert, und dem Volke die Möglichkeit entzogen, im Frieden einen Nothgroßchen für den Krieg zu sparen, während auf der anderen Seite die Erwerbsquellen des Volkes nicht gemehrt werden. Hierzu kommt das Defizit, welches wenn es nicht beseitigt wird durch Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates, die Staatsschuld permanent steigen muß.

Ein trauriger Finanzzustand ist da. Wie ist ihm abzuhelfen?

Wir wollen nicht über die Zweckmäßigkeit und momentane Nothwendigkeit der eingeführten Vermehrung des stehenden Heeres im Frieden sprechen, ob schon die kleine Schweiz mit geringeren Kosten ein verhältnißmäßig ebenso großes Heer für den König hat wie Preußen — die Pedanten des Degens sagen, ohne es zu beweisen, das Wehr-System der Schweiz passe für Preußen nicht —, die Zweckmäßigkeit und

momentane Nothwendigkeit lassen wir als begründet gelten, aber dem Staats-Bankerott muß doch unter allen Umständen vorgebeugt werden. Und er kann verhütet werden, und zwar dadurch, daß die Quellen der Staatseinnahme reicher fließend gemacht werden. Erwirkt wird dies durch Befreiung der Arbeit von ihren Fesseln, durch die Freiheit des Handels und des Geldverkehrs, sowie durch die Freiheit des Verkehrs in Grund und Boden, — kurz durch Freiheit des Verkehrs nach allen Seiten hin. In dieser Beziehung hat unsere liberale Staatsregierung noch viel zu thun.

Aber noch ein Mittel bietet sich der Staatsregierung dar die Militärlast des preussischen Volkes zu erleichtern. Ebenso wie die Großmachtsstellung unseres Staates soll ihn auch seine Rücksicht für das Gesamt Vaterland, Deutschland, zur Vermehrung seines stehenden Heeres zwingen. Gewiß, Preußen jedoch, wie Karl Vogt, treffend bemerkt, kann für sich allein, losgelöst vom deutschen Bunde, auf den Namen einer Großmacht keinen Anspruch machen. Um eine solche zu werden, muß es dahin streben sich alles deutsche Gebiet einerseits bis zur Ost- und Nordsee, andererseits bis zur Mainlinie zu „annectiren“. Indessen sardinische Politik will Preußen nicht treiben; — wohl so muß es zum mindestens die militärische und diplomatische Führung Deutschlands für immer sich erringen. Diese Führerschaft Preußens, welche die Souveränität der übrigen deutschen Fürsten freilich nach zwei Seiten hin beschränkt, aber doch nur zum Heile des Vaterlandes und ohne den Fürsten etwaige zur Wohlfahrt ihrer Territorien notwendige Rechte zu nehmen, macht Preußen zur Großmacht und ermöglicht, weil seine Staatsregierung dann über die Wehrkraft des deutschen Volkes zu disponiren hat, eine Minderung der Militärlast der preussischen Staatsangehörigen.

Die Ansicht ist wol ausgesprochen, daß die Vermehrung des stehenden Heeres, weil sie mit Rücksicht auf Deutschland geschieht, auch ein Weg zu moralischen Eroberungen sei, wir halten diesen Weg, weil die Vermehrung die finanzielle Wehrkraft des Volkes im Frieden aufhebt, für einen verkehrten und verfehlten. An ein finanziell ruinirtes Preußen wird sich das übrige Deutschland schwerlich anschließen wollen, da schon jetzt in den meisten deutschen Staaten die Staatsschulden verhältnißmäßig kleiner und die Abgaben geringer als in Preußen sind. Unser Kriegsminister mag ein sehr tüchtiger und gelehrter Militär sein, das wird wenigstens von ihm erzählt, allein National-Ökonom ist er nicht, da seine reformatorischen Maßnahmen den preussischen Staat finanziell ruiniren müssen.

Politische Rundschau.

Landtag.

Abgeordnetenhaus. Bei der am 5. stattgehabten Spezial-Diskussion des Adressentwurfs im Hause der Abgeordneten wurden die beiden ersten Alineas (Trauer um den verstorbenen König) ohne Debatte angenommen, das dritte (Regentschaft) ohne eigentliche Abstimmung. Bei dem vierten Alinea (innere Politik) erhob sich eine längere Diskussion an der im Sinne der Amendements Blandenburg-Reibnitz die Abgg. v. Reibnitz, v. Blandenburg, Graf Pückler, Reichenperger (Geldern), im Sinne des Adressentwurfs die Abgg. v. Berg, v. Vincke, (zweimal)

v. Sanger — der Abg. v. Vincke mit speziellem Eingehen in Berliner Polizei-Verhältnisse — theilnahmen. In der Antwort erklärte der Minister des Innern speziel über den hiesigen Polizei-Präsidenten, daß gegen denselben nach Charakter und Befähigung nicht Veranlassung zur Entfernung aus seinem Amte vorliege. Die Adressdebatte mit Annahme des betreffenden Satzes des Adressentwurfs geendet. Am Schluß der Sitzung brachte der Finanzminister noch Gesetzesentwürfe über die Ermäßigung der Rheinzölle und die Aufhebung der Durchgangszölle ein. — Die Abgeordneten Müller (Demmin) und Reichenheim haben den Entwurf eines neuen Gewerbegesetzes den Abgeordneten mit dem Antrage überreicht, demselben seine Zustimmung zu ertheilen. Der Antrag ist von zahlreichen Mitgliedern unterstützt. Herr Reichenheim hat diesen Entwurf mit Motiven bereits vor mehreren Wochen als Broschüre veröffentlicht, so daß er dem größeren Publikum schon bekannt werden konnte. Derselbe unterscheidet sich von der im vorigen Jahre von der Kommission ausgearbeiteten Novelle sowohl in der Form, wie im Inhalte. Er nimmt nicht die schwer verständliche Form einer Novelle an, sondern eines neuen Gewerbe-Gesetzes, welches an die Stelle der Gewerbeordnung von 1845, der Verordnung von 1849 und der dazu ergangenen Ergänzungsgesetze treten würde. Durch seinen Inhalt vereinfacht er nicht nur das Konzeptionswesen, sondern hebt auch den Rest des Prüfungsganges für die Handwerker auf, der in der Novelle als Vorbedingung des Rechts der Annahme von Lehrlingen stehen geblieben war. Der Entwurf umfaßt 106 Paragraphen in 7 Titeln. Unter Beseitigung des Titels II. bis X. der Allgemeinen Gewerbeordnung von 1845, sowie der Verordnung vom 9. Februar 1849 nebst allen dieselbe ergänzenden und abändernden Bestimmungen — die Bestimmungen über das Trucksystem werden in den Entwurf aufgenommen — stellt der Entwurf in § 2 das Prinzip der Gewerbefreiheit auf. Von diesem Prinzip aus werden dann die einzelnen Fragen der polizeilichen Konzeption u. s. w., des Marktverkehrs, der Innungen, des Verhältnisses zwischen Fabrikarbeitern und Arbeitgebern u. s. w. im Sinne der modernen volkswirtschaftlichen Anschauungen behandelt. Nähere Mittheilungen behalten wir uns vor. — Am 6. wurden die Alineas (No. 15. u. 16.) 5—7 des Adressentwurfs (Heeresreform, Grundsteuer, Ehegesetz) ohne Diskussion angenommen. Bei 11. 8. (erhöhte Thätigkeit der Gesetzgebung) versprach der Justizminister eine solche; die Revision der Kompetenzkonflikte Gesetzgebung, schon früher in Angriff genommen, werde beschleunigt, doch lasse sich ein bestimmter Termin zur Vorlage noch nicht angeben; auch für das rheinische Hypothekwesen, das Subhastationswesen, und die Civil- und Strafprozessordnung stellte derselbe Reformen als nöthig in Aussicht. Dem 11. 9 (größere Rechtsinheit des deutschen Volkes) stimmte der Justizminister ebenfalls bei. — 11. 8, 10 (freie Flußschiffahrt) und 11 (Handelsbeziehungen zu Frankreich) wurde angenommen. In letzter Beziehung schloß sich der Minister v. Schleinitz dem warmen Ausdruck der freundschaftlichen Beziehungen zu

Frankreich „gern“ an. — Bei N. 12 (auswärtige Politik) erhob sich eine längere Diskussion, bei welcher Abgeordnete v. Berg (für sein Amendement), Mathis (gegen die Amendements), Dunder-Berlin und Vincke (für das Amendement Vincke) sprachen; der Minister v. Schleich erklärt: Die Regierung hege keine Mißgunst gegen Italien; ohne die nationale Idee zu unterschätzen, könne die Regierung ihr doch keine so zu sagen souveräne Bedeutung beilegen; trotzdem sie auch das Prinzip der Nicht-Intervention nicht immer bindend erachte, habe sie in Italien nicht aktiv eingegriffen, weil eine Politik der Vorsicht und Zurückhaltung im Interesse Preußens liege. Den Vorwurf tendenziöser Politik weise er zurück. Venetien sei militärisch und strategisch für Oesterreich und unmittelbar für Deutschland zu wichtig, als das Preußen eine Verzichtleistung auf Venetien anrathen könnte. Doch werden Oesterreich und Sardinien beide in der Defensive bleiben und der Konflikt unter Einwirkung aller Großmächte sich mindestens vermindern lassen. — Der Abg. von Vincke begründete in längerer Rede den Vorwurf einer tendenziösen Politik mit Hinweisung auf die Koblenzer Note, die Loreley-Angelegenheit und das Ansuchen an Frankreich, sein Geschwader nicht von Gaeta zurückzuziehen. Herr v. Schleich ergriff hierauf nochmals das Wort, und gab u. A. einige bemerkenswerthe Aufschlüsse über die Mission der „Loreley“; schließlich drang er auf die Verwerfung des Vinckeschen Amendement. Nach ihm sprachen noch der Abg. Reichensperger und der Berichterstatter Beseler. Das Vinckesche Amendement lautet, wie schon gemeldet: „der fortschreitenden Konsolidirung Italiens entgegenzutreten erachten wir weder im preussischen noch im deutschen Interesse.“ Dasselbe wird bei Namensaufruf mit einer Mehrheit von 13 Stimmen angenommen; dafür stimmten fast die ganze Fraktion Vincke, einige Mitglieder der Fraktion Mathis und die Polen. Die Minister enthielten sich der Abstimmung. Die Abgeordneten Reichensperger (Goldern) und Genossen haben den Antrag eingebracht: „Die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung die erforderlichen Schritte thun werde, um die in den westlichen Provinzen eingeleitete Revision des Grundsteuer-Katasters baldmöglichst zu sistiren.“ Als Motiv ist angeführt, durch die neuen Grundsteuer-Vorlagen werde die durch das Gesetz vom 21. Januar 1839 angeordnete Revision nach Wesen und Zweck so erheblich alterirt, daß die dadurch herbeigeführten Kosten und Störungen in keinem Verhältnisse zu dem beabsichtigten Resultate stehen. Es liege im Interesse des Staates, wie der beiden westlichen Provinzen, daß vor jedem weiteren Vorgehen der Erfolg jener Vorlagen abgewartet werde.

Deutschland. Berlin, den 6. Februar. Am 17. Februar dem Sonntage Invocavit, wird ein allgemeiner Landes-Trauer-gottesdienst für weiland König Friedrich Wilhelm IV. bezeugen werden. Se. Majestät der König haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 21. v. M. die Abhaltung einer kirchlichen Feier zum Gedächtnisse Sr. Majestät des Hochseligen Königs zu bestimmen und anzuordnen geruht, daß zum Tage des Gottesdienstes Sonntag der 17. Februar, und als der der Gedächtnispredigt zu Grunde zu legende Text die Worte des Herrn im Evangelium Matth. Cap. 10., Vers 32.: „Wer mich bekennt vor den Menschen, den will ich bekennen vor meinem himmlischen Vater“, gewählt werden. — Der Piemontesische General Lamarmora ist gestern Morgen mit seinen militärischen Begleitern über Paris nach Turin zurückgekehrt und wurde von dem königlichen sardinischen Gesandten de Lannay bis zum Bahnhofe begleitet. — Den 7. Februar. Dem „Fr. J.“ zufolge würde Johannes Ronge von der ihm durch den Amnestie-Erlaß gemachten Erlaubniß, nach Deutschland zurückzukehren, Gebrauch machen und am 6. März zu Breslau das Stiftungsfest der dortigen deutsch-katholischen Gemeinde mitbegehen. Ronge lebt gegenwärtig in London, wo er eine freireligiöse Gemeinde in Verbindung mit einer deutschen und einer englischen Schule gegründet hat.

Oesterreich. Seit die liberale Partei in Ungarn sich alle erdenkliche Mühe giebt, Ueber-

stürzungen und den Sieg der extremen Separatisten hintanzuhalten, herrscht in Wien wieder eine etwas günstigere Anschauung der ungarischen Verhältnisse in den maßgebenden Kreisen vor. Dem Bernehmen nach sind die Herren Daak und Eötvös ersucht worden ihre Ansicht darüber kundzugeben, wie ein beruhigendes Kompromiß zwischen Ungarn und Oesterreich zu erzielen wäre und wie die dem Landtage zu machenden Vorlagen beschaffen sein müßten. Andererseits läßt sich nicht verkennen, daß die öffentliche Meinung in Wien und den deutsch-slavischen Provinzen überhaupt gegen die Uebergriffe in Ungarn sich richtet, woraus man entnehmen mag, daß die größterreichische Idee ungeachtet der überspannten, absolutistischen Centralisation ziemlich feste Wurzeln im Volke hat. Wie sich jetzt zeigt, war jene Centralisation ihrem Geiste vielmehr schädlich. — Die Wiener Zeit. vom 5. Febr. meldet in ihrem amtlichen Theile, daß Graf Rechberg auf sein Ansuchen der Präsidenschaft des Staatsministeriums entbunden sei, mit der Leitung des Ministeriums des Kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten aber betraut bleibe. Dem Erzherzog Rainer ist die Leitung der Geschäfte des Ministerraths und das Präsidium desselben übertragen. Das Präsidium des Reichsraths ist bis auf weiteres dem Grafen Radassy zugewiesen. Protobevera ist zum Justizminister, Graf Wickenburg zum Minister des Handels und der Volkswirtschaft ernannt. Alle Angelegenheiten, welche die organische Gestaltung und die Wirksamkeit der politischen Vertretungskörper betreffen, die dormaligen Geschäfte des bestandenen Unterrichts- und Kultusministeriums, sowie die Oberleitung der wissenschaftlichen und Kunst-Institute sind dem Staatsministerium zugewiesen, während die übrigen bisher dem Staatsministerium zugehörigen Geschäfte der politischen Verwaltung in einem eigenen Körper behandelt werden sollen, dessen unmittelbare Leitung Herrn von Lasser übertragen worden ist.

Frankreich. Herr von Morony war in den letzten Tagen so freundlich gewesen, einer großen Zahl von Deputirten und politischen Persönlichkeiten, welche ihm ihre Aufmerksamkeit gemacht, zu versichern, daß, trotz der bedenklichen Wetterzeichen am ausländischen Horizont, der Friede gewiß erhalten bleiben werde; sollte aber, fügte er lebhaft hinzu, das Wetter doch heraufkommen, so hoffe er zuversichtlich, daß die französische Nation, aufs innigste mit dem Kaiser verbunden, alle Gefahren zu bestehen und alle Nebenbuhlerien und Eifersüchteleien des Auslandes zu bezwingen wissen werde. — Marschall Bosquet ist am 5. Februar gestorben. — Die Thronrede hat im Ganzen einen friedlichen Eindruck gemacht, obwohl man ihren Ton etwas kühl findet. Eigenthümlich ist die Aufnahme, welche sie bei den Senatoren und den Abgeordneten fand; sie wurde nämlich in tiefstem Schweigen angehört. Nur nach der Stelle, in welcher dem Unglück des Königs Franz der Tribut des Mitleids gezollt wird, brachen die Herren in ein dreifach wiederholtes Bravo und Lebehoch aus. Eine loyale Kammer unter Karl X. oder Ludwig XVII. hätte kaum mehr thun können. Die Andeutung, daß Frankreich sich vor keiner Drohung zu fürchten habe, wird allgemein auf die preussischen Reden bezogen. — Am 3. Februar wurde der Abbé Lavignerie, der soeben aus Syrien zurückgekehrt ist, vom Kaiser empfangen. Die Schilderung, die der Reisende von den Gefahren machte, denen die Christen bei dem Abzuge der Franzosen aufs Neue ausgesetzt sein würden, soll den Kaiser in seinem Beschlusse bestärkt haben, die Truppen in Syrien stehen zu lassen.

Großbritannien. Die „Morning-Post“ behauptet in ihrem ersten Leitartikel, man könne ganz sicher sein, daß die europäischen Mächte keinen neuen Vertrag zur Verlängerung der französischen Occupation Syriens schließen, daß also die französischen Truppen im Frühjahr aus Syrien abziehen würden. Die Türkei selbst, und nicht die französische Expeditions-Armee habe den Drusenaufstand niedergeschlagen und bestraft; die Türkei allein sei auch im Stande, die Ruhe in Syrien aufrecht zu halten. Schließlich wird Frankreich ermahnt, nicht Rußland in die Hände

zu arbeiten. — Nach in London den 5. eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 22. v. Mts. hat der Kommandirende der Truppen von Florida, General Hayne, dem Präsidenten Buchanan die Anzeige gemacht, daß er das Fort Pickens nicht angreifen werde und daß die Staaten des Südens in der Hoffnung eines friedlichen Arrangements Kollisionen vermeiden wollen. Georgia hat die Union verlassen. — Am 5. hat die Königin das Parlament in Person eröffnet. In der Thronrede heißt es in Betreff der auswärtigen Politik unter Anderm: Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind fortdauernd freundschaftlich und befriedigend. Ich hoffe, daß die Mäßigung der europäischen Mächte eine Unterbrechung des Friedens verhindern werde. Ereignisse von großer Wichtigkeit haben sich in Italien zugetragen. Da ich glaubte, daß es den Italienern überlassen bleiben müsse, ihre eigenen Angelegenheiten zu ordnen, so erachtete ich es nicht für gerecht, eine aktive Intervention in dieser Frage auszuüben. Die betreffenden Papiere werden Ihnen vorgelegt werden. Es wurde ein Uebereinkommen geschlossen, um dem Sultan einen zeitweiligen militärischen Beistand zur Wiederherstellung der Ordnung in Syrien zu leisten. Dieser Beistand ward durch ein französisches Truppenkorps geleistet, welches nach Syrien geschickt wurde als Repräsentant der Mächte. Auch der Sultan stellte in Syrien unter einem geschickten General beträchtliche Streitkräfte auf. Ich hoffe, daß die Ruhe in Syrien bald wieder hergestellt und daß die Zwecke der Konvention vollständig erreicht sein werden.

Die Operation der Streitkräfte der Allirten in China sind vom besten Erfolge gekrönt worden. Während aller dieser Operationen und Unterhandlungen herrschte zwischen den Kommandirenden und Gesandten Englands und Frankreichs das freundschaftlichste Einvernehmen.

Der Zustand Indiens hat sich gebessert.

Es haben ernste Differenzen in den vereinigten Staaten von Nordamerika statt. Ich kann unmöglich ohne Sympathie Ereignissen zuschauen, welche auf das Glück eines mit Meinen Unterthanen so innig verbundenen Volkes influiren könnten. Ich wünsche, daß diese empfindlichen Differenzen eine befriedigende Lösung finden mögen.

Die Rede kündigt schließlich mehrere Gesetzesentwürfe, aber kein Reformprojekt an. — In der Sitzung des Unterhauses am 5. wurde von Colebrooke und Pagent die Adresse auf die Thronrede vorgeschlagen. In der Debatte über dieselben brachte White ein Amendement des Inhalts ein: Das Haus bebaure, daß die Thronrede die Reformfrage mit Stillschweigen übergangen habe. Seymour unterstützte dieses Amendement. Bei der Abstimmung wurde dasselbe mit 129 gegen 46 Stimmen verworfen. Auf eine Anfrage Disraeli's erwiderte Lord John Russell: er hoffe, daß der Friede in keiner Weise werde unterbrochen werden. England habe zu Turin und Paris wissen lassen, daß es einen Angriff auf Venetien mißbilligen würde. — Im Oberhause ging der Vorschlag zu einer Adresse auf die Thronrede von den Lords Seston und Pismore aus. Lord Derby wünschte zu wissen, ob die Beziehungen zwischen Frankreich und England befriedigend seien. Die Thronrede des Kaisers Napoleon sei aggressiv. Lord Granville erklärte hierauf, die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, insbesondere zu Frankreich, seien sehr zufriedenstellend. Schließlich wurde die Adresse in beiden Häusern angenommen.

Italien. In Paris am 5. eingegangene Nachrichten aus Neapel vom 2. v. M. melden, daß die ganze Garnison nach Gaeta ausgerückt ist. Die Militz schützt Neapel; ein aus Freiwilligen bestehendes Fremdenkorps ist gebildet worden. — Man spricht in Turin von einem geheimen Besuche Garibaldi's bei Victor Emanuel; ich mag die Richtigkeit dieser Nachricht jedoch nicht verbürgen. So viel ist aber gewiß, der König und Cavour sind beide über die Pläne Garibaldi's beruhigt. Dieser hat versprochen, er werde weder in Ungarn noch in Venedig gegen Oesterreich selbstständig auftreten, und er wolle nur unter dem Befehle des Königs kämpfen. Wenn ich nicht irre, hat General della Marmora in Berlin ausdrücklich und auf das Bestimmteste zu erklären,

gejucht Sarbinien werde Oesterreich weder in Ungarn noch in Venetien angreifen. Diese Erklärung will Cavour vor dem Parlamente indirect erneuern, indem er ankündigt, er wolle wieder Unterhandlungen mit Rom und Wien anknüpfen. Ueber das Programm der Regierung verlautet ferner, daß dieselbe zunächst Victor Emanuel zum Könige von Italien vom Parlamente wird proklamiren lassen. Cavour wird die Ermächtigung zu einem nach Maßgabe der Verhältnisse allmählig abzuschließenden Abhellen von 500 Millionen verlangen. Er wird vorschlagen, die Armee und die Flotte auf den Kriegsfuß zu setzen, aber die Wirksamkeit der ohne Bewilligung der Regierung thätigen Ausschüsse soll eingestellt werden. Bixio und die anderen Generale Garibaldis werden diese Maßregel bekämpfen, aber dieselbe wird doch durchgeführt. Cavour arbeitet schon jetzt an seiner Rede über die Situation, welche zugleich ein Manifest an die verschiedenen Nationen Europas sein soll.

Provinzielles.

Elbing, den 4. Februar. Wir haben eine sehr traurige Nachricht zu melden. Heute Mittags 12 Uhr ist uns unser allgemein geachteter Mitbürger Hermann Jacob Riesen im 47. Lebensjahre durch den Tod entziffen. Mit tiefer Betrübniß ist diese Trauerkunde in allen Kreisen der Stadt aufgenommen, welche um so schmerzlicher ist, als der Verbliebene in vollster Manneskraft und mitten in seiner segensreichen Wirksamkeit abgerufen wurde. Unsere Stadt verlierend ihm einen ihrer ehrenfestesten und treuesten Bürger, einen stets aufopferungsfähigen Förderer und Verteidiger ihrer Interessen und Rechte, einen Mann, der die Tüchtigkeit seiner Gesinnung und die Gediegenheit seines Charakters, auch seiner Thätigkeit in der Presse, wie als Stadtverordneter aufs Beste bewährt hat. Er war immer unter den Ersten, wo es galt, Hand ans Werk zu legen, um eine nützliche Institution ins Leben zu rufen oder das Recht gegen Zwang und Willkür zu wahren. In der That, wir werden ihn oft schmerzlich vermissen! (D. J.)

Königsberg, den 2. Febr. Für Heinrich Siemons Denkmal ist aus unserer Provinz bisher die Summe von 900 Thlr. eingegangen und durch Herrn Dr. J. Jacoby einstweilen in der hiesigen Privatban niedergelegt worden.

Lokales.

Jur polnischen Agitation. Die polnische Fraktion im Abgeordnetenhause hatte auch einen Zufuß zur Adresse eingebracht. Die wesentliche Stelle derselben lautet: „Diese die preussischen Staatsangehörigen polnischer Zunge gebende die Hoffnung hin, daß auch ihre, auf Gottesordnung, völkerrrechtlichen Verträgen und königlichen Worten beruhenden nationalen Rechte Anerkennung und Schutz nimmermehr finden werden. Möge es Ew. Majestät, im Interesse Deutschlands Einheit selbst, vorbehalten sein, Wege anzubahnen, damit das an Polen begangene weltgeschichtliche Unrecht gestrichelt werde und die dadurch so tief gestörte europäische Ordnung, feste moralische Grundlagen erhalte.“ — Für dies Amendement ergriffen bei der allgemeinen Diskussion über den Adressenwurf die Herren Abgeordneten v. Stabilewski und v. Bentkowski das Wort. Der Herr Minister des Inneren beantwortete die das Amendement befürwortende Rede des erstgenannten Abgeordneten und legte damit die Wichtigkeit der polnischen Frage, namentlich soweit sich dieselbe auf die Provinz Posen bezieht, bloß. Der Minister sagte: „Die Regierung hat sich vorgelegt, an der allgemeinen Diskussion sich nicht zu betheiligen, sondern ihre Bemerkungen der Spezialdebatte vorzubehalten. Da jedoch der Vorredner Zweifel geäußert, ob sein Amendement die Unterstützung des Hauses finden werde, halte ich vom Standpunkt der Regierung aus mich verpflichtet, seinen Bemerkungen schon jetzt einige andere entgegenzusetzen. Wenn die Herren sich stets nicht wie preussische Abgeordnete, sondern wie Vertreter des Polonismus betrachten, so müssen sie sich gefallen lassen, daß alles, was gegen den Polonismus gesagt wird, an ihre Adresse gerichtet wird. Die Regierung kann es nicht für Gottes Ordnung erachten, daß die 600,000 Deutschen in der Provinz Posen den 700,000 Polen gegenüber einem polnischen Staate zu Liebe geopfert werden.“ Sie berufen sich zunächst auf die Wiener Verträge. Ich habe schon an einer andern Stelle die Ansicht ausgesprochen, daß die polnischen Unterthanen Er. Majestät ihre Rechte nicht aus den Wiener Verträgen, sondern nur aus dem Rechte des Landes herleiten können. Ich wiederhole diese Behauptung. Diese Verträge sprachen es ausdrücklich aus, daß Er. Majestät der König diese Provinz mit voller Souveränität übernommen hat, und aus diesem Grunde wird die Regierung

jeden fremden Einfluß und Einspruch in die Regelung dieses Verhältnisses zurückzudrängen wissen. Endlich aber, meine Herren, haben Sie durchaus keinen Grund, sich zu beklagen, daß die Wiener Verträge das nicht gehalten hätten, was sie versprochen haben. In diesen Verträgen steht nichts von dem, was Sie daraus lesen — es steht darin einfach, daß jede der kontrahirenden Mächte den Polen diejenigen Formen des bürgerlichen Daseins gewährt, die eine jede von ihnen für konvenabel erachtet. Nun, meine Herren, frage ich Sie, was hat das zu bedeuten, wenn der verehrte Redner, der soeben die Tribüne verlassen hat, auf Worte zurückweist, die der Kaiser Alexander für das Großherzogthum Warschau gesprochen hat? (Vorredner hatte, um den Geist zu charakterisieren, wie die Monarchen nach den Freiheitskriegen ihre Pflichten gegen Polen verstanden hätten, eine Stelle aus der Proklamtion des Kaisers Alexander I. von Rußland vom Jahre 1815 angeführt.) Dieser Monarch hat eben diese Verhältnisse so geordnet, wie es den russischen Verhältnissen entsprechend war; der König von Preußen aber hat die Verhältnisse von Polen so geordnet, wie es den preussischen Verhältnissen entsprechend erschien. — Sie berufen sich aber, m. H., neben den Wiener Verträgen vorzugsweise auf das Besitzergreifungspatent von 1815. Ich bin hier leider verpflichtet, einen Punkt zu berühren, der, schmerzhaft für Sie, es nicht minder für die Regierung ist. Sie zwingen mich aber dazu, wenn Sie immer und immer wieder darauf zurückkommen, daß ich diese Erörterungen nicht zurückhalte. M. H., dieses Patent, wie jede Ansprache eines Fürsten an seine Unterthanen, hat eine Voraussetzung, die nämlich, daß den zugesicherten Rechten gegenüber Er. Majestät getreue Unterthanen finden werde (Bravo). Nun aber, m. H., erinnern Sie sich der Jahre 1830 und 1846, und fragen Sie sich: „War es nicht deutsches Blut, was die im Aufstand befindliche Provinz sich wieder erobert hat und wollen Sie heut verlangen, daß trotzdem diese Provinz dem Polonismus zurückgegeben werde? glauben Sie, daß eine preussische Regierung dies vor dem Lande verantworten kann? (Lebhafte Bravo.) — Aber nicht das allein, die Verhältnisse zwischen 1815 und 1860 haben sich auch noch in vielfach anderen Beziehungen wesentlich geändert. Betrachten Sie die Provinz jetzt, und wie sie 1815 der König wiedergewonnen hat, und Sie werden die Segnungen des preussischen Scepters anerkennen. Heute ist die Provinz in allen Kulturzuständen, in den verschiedenen Ameliorationen ausgezeichnet, fast in einen blühenden Garten verwandelt. Und das ist deutsches Kapital, deutsche Industrie, deutsche Intelligenz, die das hervorgebracht hat. Aber, m. H., ich behaupte auch, daß trotz alledem Sie keine Ursache haben, sich über Verletzung der Ihnen in dem Besitzergreifungspatent zugesicherten Rechte zu beklagen. Alles was Ihnen dort zugesichert ist, wird Ihnen gewährt. Das Patent von 1815 spricht es aus, daß der König das Großherzogthum Posen als eine Provinz des Staates wiedererworben habe, daß er die ehemaligen Theile des Negedistrikts hinzusetzte und es unter dem Namen des Großherzogthums Posen besitze. Die Stelle selbst lautet: (Der Minister verliest dieselbe.) Sie werden finden, meine Herren, daß, wenn der König damals einen Statthalter nach Posen sandte, den dortigen Polen ein Recht auf einen solchen Statthalter keineswegs erwachsen ist für ewige Zeiten. Im Uebrigen frage ich Sie, welches von diesen Rechten nicht gewährt worden ist? Nehmen Sie nicht Theil an der Verfassung, die der König für gut befunden hat, dem Lande zu geben? Haben Sie nicht eine provinzielle Verfassung, wie alle andern Provinzen? Wird Ihre Religion nicht geachtet? Wird Ihre Sprache nicht gebraucht? (Rufe der Polen: Nein! Nein!) — Das ist nicht die Art würdiger Entgegnung; ich verweise Sie auf die Tribüne! — Es steht hier (liest): Eure Sprache soll neben der deutschen Sprache gebraucht werden. Das kann und darf nicht anders heißen, als: Es soll jeder Pole, der der deutschen Sprache nicht mächtig ist (Rufe der Polen: Oh! Oh! und Ruf des Präsidenten zur Ruh), in polnischer Sprache mit den Behörden verkehren dürfen. M. H. Sie freiten über die Wichtigkeit der Auslegung des Satzes, die Regierung giebt Ihnen das vollkommen frei. Wenn Sie aber soweit gehen, wie jetzt, daß Sie aus dem Sprachenfreit ein Agitationsmittel machen, dann wird die Regierung auch auf diesem Gebiet sich Ihnen widersetzen (Lebhafte Bravo). Das ist in Wenigen das, was ich Ihnen gegenüber über den Standpunkt der Regierung auszusprechen verpflichtet war. Ich behaupte und verspreche es im Namen der Regierung: Es soll in der Provinz Posen Recht und Gesetz so gut gehandhabt werden, wie in allen anderen Provinzen. Sie sollen, wenn Sie mit begründeten Beschwerden kommen, ein geeignetes Ohr bei uns finden. Nur, meine Herren, die Regierung wird sich von ihrer Stellung dort nicht herunterbringen lassen, Sie mögen Wege einschlagen, welche Sie wollen. Die Regierung ist das — ich wiederhole es — sich selbst schuldig und der deutschen Bevölkerung der Provinz.“ (Lebhafte Beifall.)

— Musikalisches. Der Pianist Herr Kortmann, welcher sich hiororts bereits im vorigen Jahre durch Konzerte als ein tüchtiger Meister bekannt gemacht hat, beabsichtigt in nächster Woche ein Konzert zu geben und steht zu erwarten, daß unser musikalisches Publikum das Konzert, in welchem Herr v. Weber und eine Künstlerin ersten Ranges auf der Violine mitzuwirken versprochen haben, nicht unbeachtet lassen wird. — Die Liedertafel des Handwerkervereins hat die komische Operette von Julius Otto „In Schilda“ einstudirt und wird dieselbe nächstens, wenn nicht hindernde Umstände eintreten am 24. Febr., scenisch und in Kostüm aufführen.

— Vereinsleben. In dem Verzeichniß der Vereine, welche wir in vor. Nummer brachten, fehlte der Verein junger Kaufleute. Auch ist noch als Ergänzung mitzutheilen, daß der Volkswirtschaftliche Verein für Ost- und West-Preußen hiororts Mitglieder hat, desgleichen auch die Friedengesellschaft in Danzig.

— Handwerkerverein. In der Sitzung am Donnerstag den 8. legte Herr A. Marquart in seinem Vortrage über Sozialismus die Systeme St. Siemons und Courrier's des Näheren dar, berührte dann die Leistungen deutscher Schriftsteller auf demselben Gebiete und erörterte die socialistischen Systeme kritisch, die Ursachen, welche eine praktische Durchführung der sozialistischen und kommunistischen Systeme unmöglich gemacht haben und für alle Zeit unmöglich machen werden, während er andererseits auch auf die Verdienste der sozialistischen Forscher hinwies. — Fragelasten. Herr Schlossermeister Junz beantwortete die Frage, ob es vorthelhafter sei mit Steinkohle, oder Coaks zu heizen, dahin, daß die Benutzung des letzteren als Heizmaterial vorzuziehen sei, weil derselbe vollständig verbrenne. — Welche Mittel giebt es um rauch gewordenen Cement wieder weich und geschmeidig zu machen? — Unter dem Präfixat „rauh“ wurde „hart“ verstanden und daher von mehreren Sachverständigen die Frage dahin beantwortet, daß es nicht möglich sei hart gewordenen Cement wieder weich zu machen. — Welche Mittel giebt es, Lampenlocken so zu reinigen, daß sie ihr schönes mattes Aussehen nicht verlieren? — Nach Ansicht der Herren Dr. Fischer und Orth nur: durch Waschen mit Seife, Kalk- oder Neg-Lauge. — Welches ist die leichteste Art parquetiren, oder mit Wachstuch bedeckten Fußboden zu bohnen? — Ist für die nächste Sitzung zurückgelegt worden.

— Weichsel-Trajekt. Wegen des gestörten, resp. gehemmten Weichsel-Trajekts gehen vom 7. d. Mts. ab bis auf Weiteres folgende Posten, und zwar: die 1. Personen-Post nach Bromberg am 11 Uhr 15 Min. Vormittags, die 2. Personen-Post nach Bromberg um 5 Uhr Abends, die Personen-Post nach Tzemeszno um 10 U. 15 Min. Vormittags, die Personen-Post nach Gnesen 5 U. Abends, die Personen-Post nach Szuzewo 5 Uhr Abends von hier ab. Die Eisbahn hat der Strom am 5. zerstört und inmitten derselben befindet sich eine Blänke. Die Passage über die Eisdecke hat nun 300 Schritt oberhalb der Eisbahn statt. Die Postkutschen werden auf Handschlitten nach dem jenseitigen Ufer gebracht.

Inserate.

Mittwoch Abend 9¼ Uhr entschlief zu einem besseren Leben nach 6 wöchentlichen schweren Leiden an Lungenverhärtung unser geliebter Sohn Franz, 1 Jahr 7 Monat alt. Diesen für uns so schmerzlichen Verlust zeigen tief betrübt Verwandten und Freunden an.

Thorn, den 8. Februar 1861.

G. Kempinski
nebst Frau.

Stadtverordneten-Sitzung.

Sonnabend, den 9. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Kommission zur Untersuchung der Verwaltung der fliegenden Fähre; Abrechnung der Gas-Anstalt für 1860; Unterstützung des Lehrers Herrn Ottmann beim Besuch der Central-Turn-Anstalt; Niederschlagung von 84 Thaler uneinziehbarer Fischereipacht; Correspondence des Magistrats mit der Gesellschaft „Pomerania“ Betreffs der Ansprüche derselben wegen des verunglückten Grambow'schen Rahnes; Verwendung der Einnahme aus der Kommunal-Zuschlagsteuer und dem Drittel der Mahlsteuer pro 1860; Statistische Nachrichten über die städtische Feuer-Societät pro 1860; Gratification für calculatorische Arbeiten beim Bau der Gas-Anstalt; Gratification für die Klaffenführung beim Bau der Gas-Anstalt; Dankschreiben Ihrer Majestät der Königin und Sr. Excellenz des Herrn Ober-Präsidenten; Erwidernung des Magistrats wegen Planirung des Weges der zweiten Linie der Bromberger-Vorstadt; eine Decharge-Ertheilung; mehrere Recoursgefühle wegen Ordnungsstrafen.

Thorn, den 7. Februar 1861.

Der Vorsteher Adolph.

Bekanntmachung.

Die auf der hiesigen Neustadt sub. No. 127 in dem Nagelschmidt-Meister Lucko'schen Grundstücke in der Bell-Etage belegenen Wohnung, bestehend aus einer Stube und einem Alkoven, ist von jetzt ab bis zum 1. April d. J. zu vermietthen und haben sich Miethslustige an den Musiklehrer Monien in Wlodelawek zu wenden.

Thorn, den 5. Februar 1861.

Königliches Kreis-Gericht.

2. Abtheilung.

Heute Abend 8 Uhr:

Liedertafel.

Wegen der baldigen Ausführung wird um allgemeine Theilnahme gebeten.

